

Stuttgart, 19. Mai 1923

41. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag
Bezugspreis vierjährlich 3000 M.
et 300 M. (nur gegen Voreinsendung des Beitrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Röntgenstraße 16
Telefon Nr. 8800 — Postcheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Zugelassene Zeitung für die gehobene Klasse
oder deren Raum 2000 M.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme

französische Urteile und deutsche Presse

Blutbad am Osterheiligabend im Krupp'schen Werk, so zu Essen hat, wie maniglich bekannt, in allen Ländern der Kulturwelt ungeheures Aussehen und Empörung entfacht. In den meisten der Berichte waren Säge angefügt, die sich nur auf das Gegenteil von Menschlichkeit reimen lassen. Das dies von den eigentlichen Urhebern der Schießerei höchst peinlich empfunden werden müsste, läßt sich denken. Denn die furchtbare Tat hat dem Unzen Frankreichs beträchtlich geschadet und es spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß das französische Volk über kurz oder lang schwer dafür zu büßen hat. Das die Pariser Regierung trachten werde, den niederrückenden, geschißwangeren Eindruck zu mildern, war zu erwarten; die Erwartung wurde zur Gewissheit, als die erste Kunde von einer Untersuchung des Essener Trauerspiels durch französische Amisstellen kam. Aber was wir gerade um der Urheber des Blutbades willen nicht glauben erwarten zu dürfen, war, daß die Untersuchung in einem Urteil enden werde, das die Weltmeinung noch schlimmer gegen die Herrschenden von Frankreich auswölken muß, als die Schießerei vom Osterhonnabend selbst.

Die Untersuchung hat sich zur Anklage gegen den Herrn Krupp von Bohlen und fünf seiner obersten Beamten und ein Mitglied des Betriebsrates, den Kollegen Müller, ausgewachsen. Der Prozeß endigte mit der Verurteilung des Herrn Krupp und seiner Direktoren zu Gefängnisstrafen von zehn bis zwanzig Jahren und je 100 Millionen Geldbuße; der Kollege Müller kam mit 6 Monaten Gefängnis davon.

Gegen die Urteile ist Revision angemeldet, die vielleicht in anderthalb Wochen entschieden werden wird. Ob die Urteile, für deren Kennzeichnung die Sprache versagt, gemildert oder ganz aufgehoben werden, ist von geringem Belang angesichts der Tatsache, daß ein halbes Dutzend Deutsche von hauptsächlichen Richtern, für deren Zuständigkeit auch nicht der Anspruch eines Rechtsgrundes zu erbringen ist, zu schrecklichen Strafen verdammt wurden, ohne daß gesagt werden kann, in wahrhaft. Diese Tatsache wird in die Welt gehen und dort eine Wirkung auslösen, die für die wahren Verantwortlichen des Urteils noch abträglicher sein dürfte als jene, die das Blutbad von Essen für sie zeitigte.

Fast gleichzeitig mit dem Spruch im Krupp-Prozeß kam aus Mainz die Höchstschaf, daß dort am Tage vorher das französische Kriegsgericht siebzehn deutsche Bahnhäme zu Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zehn Jahren mit erheblichen Geldbußen verurteilt hat. Die Verurteilten wurden vor einem Vierteljahr verhaftet, weil sie die Eisenbahner aufgefordert haben sollen, nur die Gesetze oder Anordnungen ihrer, der deutschen Regierung zu folgen. Und deswegen sind sie zu solch unmenschlichen Strafen verurteilt worden!

Jedem, der sich etwas auf Seelenkunde versteht, wird es unerträglich bleiben, was mit solchen Schreckensurteilen eigentlich beabsichtigt werden soll. So gering vermögen wir die Urteilstatistik der Regierenden in Paris denn doch nicht einzuschätzen, daß sie vermeinen, mit solchen Urteilen die Bewohner und Beamten der besetzten Gebiete gefügig, für Frankreich arbeitsfreudig und geneigt zu machen. Es mag sein, daß man dem Hund Viebe einsprügeln kann, aber bestimmt nicht dem Menschen. Die Urteile können keine andere Wirkung haben, als die Unzufriedenheit, die Abneigung, den Hass gegen die französische Besetzung noch mehr zu steigern, den passiven Widerstand nur noch harndicker zu gestalten. Will das vielleicht gar die französische Regierung? Glaubt sie dadurch, daß sie die Deutschen zur Verbesserung treibt, schneller ihr Ziel zu erreichen? Diese Frage drängt sich einem unwillkürlich auf, wenn man die sietig sich verfälsenden militärischen und ziviliären Maßnahmen gegen die Bewohner der besetzten Gebiete betrachtet. Wir möchten trotz all der trüben Erfahrung die Frage noch nicht mit einem Ja beantworten, weil wir immer noch glauben, daß zu Paris weibliche Köpfe vorhanden sind, die erkennen, welch schwere Gefahren eine Politik der Gewalttatigkeit auch für Frankreich birgt. Es wäre furchtbar, wenn durch Vermehrung der Streiche mit Säbel und Justizteil eine Verschärfung der beiden großen Völker Europas vollends unmöglich gemacht würde, der beiden Völker, die ohne friedliche Zusammenarbeit gleich sicher zugrunde gehen müssen.

Wir wissen nur zu gut, daß dort, wo Marx läuft, Worte überholt werden, die zur Einsicht, zur Vernunft, zur Verständigung mahnen. Wenn wir das nicht durch die Ruhrbefreiung inne geworden wären, wüssten wir es aus der Erfahrung mit unserem eigenen Militärismus. Dieser hat gekämpft und gewonnen, hat Mahnungen der Vernunft in den Wind geschlagen — und hat dafür mit seinem Leben büßen müssen. Wir wünschen幼稚地, daß seine Schicksal von seinem französischen Bruder beherzigt werden möglie. Da aber dieser Wunsch, wie alle Zeichen annehmen heissen, ein Froschmaul sein wird, bleibt uns nur die Hoffnung auf „das

andere Frankreich“ und auf die friedlich gesinnte, menschlich fühlende Welt. Das eine wie die andere können in den zwei neuesten Urteilen der französischen Kriegsgerichte ersehen, wohin Untätigkeit führt. Das eine und die andere haben jetzt einen dringlichen Aufsatz mehr zur Tat.

Die Meinung des Auslandes über die Urteile von Werden und Mainz ist gewiß von größter Bedeutung, nicht weniger wichtig dunkt uns, nachzusehen, wie beide im Innern selbst bewertet werden. Da fällt vor allem auf, daß unsere bürgerlichen Zeitungen dem Werderer Prozeß ihren besten Raum widmen, während sie den von Mainz weit hinten zu dünnen Zeilen erwähnen und dies, obwohl die Verurteilten beider Prozesse gleich hart bestrafte Opfer deutscher Gesinnung sind. Nach des Rätsels Lösung braucht nicht lange gesucht zu werden: In Werden standen Herr Krupp von Bohlen und Direktoren auf der Anklagebank, in Mainz zumeist jedoch Eisenbahner. Dort handelt es sich um Angehörige der besitzenden Klasse, um Fleisch vom Fleisch unserer Kapitalistenklasse, hier handelt es sich um arme Teufel, um Fleisch vom Fleisch des Proletariats. Von Herrn Krupp von Bohlen wird lang und breit erzählt, daß er von schwächlicher Körperbeschaffenheit sei und seine Gesundheit sehr leiden müsse durch Fast und Trennung von seinen fünf Kindern; von dem körperlichen Wohlbefinden der Eisenbahner und von der Qual ihrer vierjährigen Untersuchungshaft und weiteren Einlagerung zu sprechen, fällt den bürgerlichen Zeitungsschreibern nicht ein.

Die ungleichartige Bewertung der beiden Prozesse durch die bürgerliche Presse wie das sehr unterschiedliche Mitgefühl mit den beiden Arten von Verurteilten führen mir beileibe nicht aus Verwunderung darüber an, wohl aber, um einmal mehr zu sagen, wie unverständiges Geschwätz über unseres patriotischen Blättern gewertet wird, wenn es durch Fleisch oder durch Proletariat geschieht. In Werden: Millionen der Schande der Anklagebank angeklagt, gar ins Gefängnis geschleppt — höllische Schmach, weltweites Mitgefühl entfacht, die Angeklagten als geschicklich beispiellose Patrioten preisen. In Mainz: Arbeiter aus langer Untersuchungshaft auf die Anklagebank geführt, ins Gefängnis zurückgeschleppt — bedeutungslose Sache, Mitgefühl entfachen überflüssig, die Proleten kriegen doch ihren Stundenlohn!

Mit der nebenstehlichen Behandlung des Mainzer Eisenbahnerprozesses bleibt unsere bürgerliche Presse nur ihrer alten Gesetzmäßigkeit treu. Sie hat nie viel Platz übrig gehabt, wenn es sich um proletarische Opfer der Justiz handelt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind von deutschen Gerichten unmenschliche Strafen gegen Arbeiter ausgesprochen worden — Magdeburg, Lübeck, Erfurt, Naumburg u. w. —, im Kriege haben deutsche Militärgerichte die lange Reihe von Schreckensurteilen noch arg verlängert. Die meisten dieser Verurteilten waren bestimmt nicht mehr oder nicht weniger schuldig, als die jetzt verurteilten Millionäre. Selbstverständlich soll mit keinem Worte, mit keiner Silbe der Werderer Spruch gerechtfertigt werden, denn das ist ganz unmöglich, wohl aber soll gesagt sein, daß die Kritik unserer bürgerlichen Presse an den Entscheidungen der französischen Justiz viel wirksamer wäre, wenn sie nicht den Schleier über die Schreckensurteile der eignen Justiz verbreite und bei der Bewertung von Urteilen keinen Unterschied zwischen Millionären und Proletariaten mache. Nur eine Presse, die die frende Justiz nicht immer schwarz, die eigne nicht immer weiß hält, die ihr Rechtsempfinden nicht nach der Größe des Geldsackes bemüht, hat ein moralisches Recht, Kritik an Missstataaten der fremden Justiz zu üben.

Es ist übrigens auch um des Erfolges des Ruhrkampfes willen höchst unklug, über den — an sich gewiß sehr bedeutsamen — Krupp-Prozeß die Verurteilungen von Proletariaten halb oder ganz zu vergessen, weil hierdurch draußen in der Welt der Eindruck nicht verwischt wird, die Beziehung gelle nur den deutschen Industriezünften. deren Schicksal aber ist den breiten Schichten des Auslandes völlig gleichgültig. Wenn ihre Gunstigung entschärf, läßt gemacht werden kann, dann nur durch die Schilderung der durchdrungenen Lage, die ihren deutschen Klassenangehörigen durch den Erzähler bereitet wird. In dem Schicksal der deutschen Arbeiterschicht sehen die ausländischen Rassen ihr eigenes Schicksal. Daraum wird die deutsche Sache in der Welt arg geschädigt, wenn man die namenlose Drangsal der Proletarier nicht mit gebührender Ausführlichkeit behandelt. Hier begeht unsere Kriegsgerichts-Presse, eine schwere Unterlassungssünde, die schlimmst gut gemacht werden sollte. Eine Unterlassungssünde? Nicht doch! Die bürgerliche Presse verfolgt auch hier nichts als ihr enges Klasseninteresse. Ein Grund mehr für die Arbeiterschicht, ihre eigene Sache gleich zielbewußt zu verfolgen, zumal sie mit der der deutschen Republik und der deutschen Kultur zusammenfällt.

Kapital und Betriebsmittel

Sehen wir genau, dann ist vieles von dem, was die „unselbständigen“ Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Abwehr der kapitalistischen Zustellung tun, noch nicht das positiv bessere Neue, sondern vorerst nur ein negativer Abfallschritt des Alten. Das liegt zum Teil in der Zwangslage begründet, weil der Kapitalismus, solange er ausschlaggebend ist, eben die Dinge bestimmt und die Arbeiter auch in der Abwehr ihre Maßnahmen nicht ungehemmt nach Wunsch und Willen treffen können. Zum andern Teil liegt es aber daran, daß der Kapitalismus ja nicht nur „materialiell“ herrscht, sondern auch beständig bestrebt ist, die ihm dienliche Ideologie zu verbreiten und aufrechtzuhalten. Viele Arbeiter merken gar nicht, daß manches, was sie wollen oder tun, eine negative Spiegelung kapitalistischen Gegegners ist.

Einst weltweit Ferdinand Lassalle gegen die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“ der deutschen Arbeiter, die gar nicht merken, daß ihnen etwas fehlt, solange sie nur ein Stück schlechte Wurst und ein Glas schleies Bier hätten. Und er wies nachdrücklich darauf hin, daß die Bedürfnislosigkeit keine Jugend sei. Die kapitalistische Entwicklung hat ja durch die Maschine die Eltern in Massen auf den Markt geworfen und damit bewirkt, daß heute auch der „kleine Mann“ Tapeten an den Wänden, der Wohnung, ein Sofa und etliche Bilder oder was sonst haben kann, woran vorher nicht zu denken war. Inbesondere es doch eine fragwürdige Glückseligkeit, wenn die Arbeiter und einfach alles „genießen“ würden oder danach begehrten, was das Kapital auf den Markt wirft. Dem Kapital ist es ja gleich, wie ein „Gut“ wirkt, wenn es nur sette Gewinne bei der Herstellung und dem Absatz machen kann. Bei mehr Prozent stellt der kapitalistische Unternehmer die Erzeugung lebenswichtiger Dinge ein und macht Opium, Haselnüsse und Kanonen. Die Tugend des modernen Arbeiters darf da auch nicht gerade darin bestehen, möglichst oft ins geistige Kino zu laufen, möglichst viel Zigaretten zu verbrauchen oder sich kräftig inzestiv anguziehen. Und wenn der Angehörige Verkehrsfaust nach dem Schluß eines langen Arbeitstages auf dem Rücken und die Handtaschen erstaunlich gering geworden ist, dann kann es doch keine Angst sein, dass ein Kleidungsstück deshalb abzugehen, weil ich engere oder weitere Arme Kleidung geworben habe, auch wenn der Gegenstand sonst noch brauchbar wäre. Freilich bezogt der Kapitalismus ein Heer von Kneifern, die dem Volk die wunderbaren Eigenschaften auch des dummiesten und sogar für die Gesundheit gefährlichsten Krauts ausmalen.

Als nach dem verlorenen Krieg das alte Staatsgebäude aus den Flügen geriet, verstanden etliche Arbeitergruppen den Schrei nach der „sozialen Sozialisierung“ so, daß sie die Fabriken für die einzelnen Belegschaften reklamierten. Sie hatten vor, einen engen Gruppenkapiitalismus einzuführen, wenn ein Werk gute Erträge lieferte. Solcher „Sozialismus“ hätte uns ja vollends in den Abgrund stürzen können. Ihre Männer übernahmen ganz, wie die Höhe unserer Kultur mit allen Facetten an der volks- und wirtschaftlichen Verschwendigkeit hängt. Ohne diese würde dem einzelnen (und auch der einzelnen Belegschaft) die Erlangung vieler Güter, die heute als dringend nötig gelten, gar nicht möglich sein.

Zuvor wurde auch von einzelnen Gruppen und Schichten gern übersehen, welche Beziehungen vom Kapital als Ausbeutungsmittel zum Betriebsmittel als legenreicher Unterlage aller Kultur hinführten. Fort mit dem Kapital so erschöpft der Ruf, verteilen wir die Beiträge an die Verdienstigen. Man wollte die Ausbeutung treffen, ließ aber Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten und die Quelle der Kultur ganz zu verschütten. Heute besteht der Sprachgebrauch mit dem Wort Kapital sowohl die verdeckte Ausbeutung der Menschen durch den Meister wie der dem Arbeiter genommen wird, als auch die Verwendung vorgelebster Arbeit als Betriebsmittel zu dem Zweck, größere wirtschaftliche Pläne vornehmen zu können. Dem einen, der Ausbeutung, ist der Sozialismus spinnseind, dem Betriebsmittel aber muß er ein weitaus besserer Treuhänder sein, als es der Kapitalismus ist und sein kann.

Das liegtviel, was leider von manchen Arbeitern noch nicht genügend erfaßt und begriffen wird. Freilich versuchen die Klopfschläger des Kapitalismus, die Dinge zu verwirren und Kraut und Stübern durcheinander zu werfen. Die Folge ist dann, daß auch der Arbeiterkampf mehr zunehmende Volkswirtschaftslehrer Betriebsmittel und Ausbeutung nicht genügend zu schätzen kann. So fanden wir in einem Lehrbuch die Weisheit, daß ein Etat kein Kapital sei, aber dazu werde, wenn es betrifft sei und ein Kunden herauschlüpfe. Ein anderer ließ schon den Menschen zum Kapitalisten avancieren, wenn er eine Reise benötige. Als naives Gegenstück sei darauf verwiesen, daß von einem Regierstamm behauptet wird, er halte die Gorillas für Menschen, die mir datum nicht sprächen, weil sie glaubten, sie müßten arbeiten, wenn sie als Menschen erkannt würden.) Es wäre gut, wenn in der Literatur der „unselbständigen“, vor allem auch in der Arbeiterpresse nicht von Kapital getroffen wird, wenn doch nur, wie ja meist aus dem Zusammenhang hervorgeht, die Betriebsmittel gemeint sind. Nach dem Sprachgebrauch steht das Wort Kapital eben auch die Ausbeutung, die doch die „unselbständigen“ Arbeiter, Angestellten und Beamten nicht wollen können.

Ja, der Sozialismus muss dem Betriebsmittel ein besseres Treuhänder sein. Einmal und groß steht die Erkenntnis vor uns, daß der Kultursozialist Schrift um Schrift mit der Vergrößerung der Betriebsmittel erfolgt ist. Umgekehrt würde auch die Kultur wieder den Kreisgang machen. Rot macht im allgemeinen nicht erforderlich, wie Müller-Eyer in seiner Gesellschaftslehre sagt, Rot zermürbt und vergiftet und frißt

an der Lebensfreude, die der Motor der Kulturdurchbildung ist und die Weltentzäder treibt. Die Erfindungen nicht der Mensch im freudigen Spiel des Lebens, in der Freude, sondern sie gab ihm mehr Freiheit, den Mann der Notwendigkeit zu verkleineren, um sein Leben des Friedens zu verschönern. Für den Sozialismus wird das in der Zukunft erfüllt werden.

Der Sozialismus will die Verkehrsregel nicht nur auf Autoteile anwenden, er kann auch ganz einen größeren Anteil vom Verkehrsvertrag in den Autoteilen herausholen, um persönlichen Verbrauch gelingen lassen, als dies beim Kapitalismus geschieht. Denn der Sozialismus will doch viele gesellschaftliche Anlagen stärker betonen oder erst neu anstreifen, wofür die Mittel doch vorab vom Arbeitstag genommen werden müssen. Hieraus hat auch schon Karl Marx 1844 in seiner Erörterung des Erfurter Programms hingewiesen. Gewiß soll dann durch die stärkere Betonung solcher umfassender gesellschaftlicher Aufgaben, für die im Kapitalismus und bei der von ihm beherrschten Staatsmacht übrigens auch schon der Träger fehlt — die Kohleumagnaten werden keine Interessen annehmen, die die Kohlenüberfluss machen könnten —, die wirtschaftliche Errungshöhe in der Folge wieder mehr gewinnen, als vorher vom einzelnen eingeholt wurde. Die Fortschreibung basiert eben der Aussang der vorgeleisteten Arbeit, die Wiederholung.

Ein Beispiel: Wer glaubt, daß er unbedingt ein besseres Essen nötig habe, als er kaufen kann, und wer dann schlägt Bett verduften, kann ja von dem Erfolg einige Zeit besser zu Abend essen, aber er muß dafür dauernd schlechter liegen. Gewiß können solche Notfälle vorkommen, aber man soll dabei auch der harten Folgerungen bewußt sein. Wäre man es immer, dann würde, wie wir glauben, doch mancher Mensch hart gegen wirtschaftliche Verdrängnisse kämpfen, anstatt eine vorübergehende Besserung mit andauernder Verschlechterung zu erkennen.

Dass solches harte Durchkämpfen in schlechten Tagen am schlechtesten durchzuführen ist und am wülligsten hingenommen wird, wenn alle Volksgenossen, in solche Notwendigkeit gestellt sind, brauchen wir hier nicht erst zu betonen. W. H.

Arbeitgeber und Achtkundentag

Die Nr. 5 der "Fa-Bundeszeitung" bringt umfangreiches Material für den Kampf um den Achtkundentag. Neben einer eingehenden kritischen Würdigung des soeben im Reichswirtschaftsrat gegen freien Gewerkschaften angenommenen Kompromitvorstages für das Arbeitszeitgesetz der Angestellten wird der Kompromitvorschlag selbst im Wortlaut wiedergegeben.

In den Beratungen des Reichswirtschaftsrats über die Kompromitvorschläge zum Arbeitszeitgesetz für Angestellte hat der Hauptredner der Arbeitgeberseite, Herr Dr. Habersbrunner, mehrfach von dem großen Entgegenkommen der Arbeitgeber an die Angestellten gesprochen und dann gebeten, verlangt, daß das Kompromit unverändert zur Abstimmung gebracht werden müsse.

Wer an diesem Einigungswert noch irgende etwas ergänzen will, der gefährdet dieses Einigungswert... unterlassen Sie es, den Versuch zu unternehmen, dieses Werk noch irgendwie zu beeinflussen und folgen Sie dem Antrage der Abteilung I (Arbeitgeber), der dahin geht, das Kompromit im ganzen anzunehmen.

Nachdem also dann die Arbeitgeber mit Hilfe eines Teiles der Abstimmung III eine Diskussion und eine Abstimmung über alle eingehenden Verhandlungsaufträge verhindert hatten und nachdem seiner Kollege Frau Dr. H. in der Generalausprache ein klares Statement des Reichswirtschaftsrats zum Achtkundentag verlangt hatte, legte der Arbeitgeberredner in seinem Schlußwort den Schlußpunkt ab und gab mit brutaler Deutlichkeit zu verstehen, daß dieser völkerliche Einigungswert nicht zur Sicherung des Achtkundentags, sondern zu seiner Beendigung bestimmt sei. Herr Dr. Habersbrunner charakterisierte die inzwischen angenommene Kompromitvorlage wörtlich folgendermaßen:

Wenn ich nun weiter fragen darf: Woher kommt denn der Achtkundentag? Er kommt, mein außerlich betrachtet, aus der Demobilisierungsvorordnung... Ja, meine verehrten Damen und Herren, was heißt denn das, Demobilisierungsvorordnung? Heißt das eine auf ewig zu schaffende Verordnung, die nur in Rückicht darauf, daß man sich in einer Demobilisierung befindet, nicht auf gesetzlichem Wege vorgenommen wird, sondern auf dem Wege der Verordnung? Nein, eine Demobilisierungsvorordnung schafft die Anpassung des Rechtsstaates an die Bedürfnisse dieser Demobilisierung und demgemäß Sicherung dieses Rechtsstaates, die es gesetzlichen Zustandes, dann, wenn die Demobilisierung ihr Ende gefunden hat. Heute zu folgern, daß etwas, was in der Demobilisierungsvorordnung steht, Zwingeiswert belassen, in eine neue Gesetzesgebung mit hinübergeschleppt werden soll, heißt, daß die Frage total falsch stellen, heißt, das wird beim Schweine aufzumachen. Die Demobilisierungsvorordnung muß beendet sein...

Oftener und eindeutiger haben wohl die Arbeitgeber immer jemals ausgedrückt, daß mit der Ablösung der bisherigen Demobilisierungsvorordnung über die Ablösung auch der Achtkundentag selbst beendet sein muss, für uns entsteht der offenkundige Normalarbeitstag aber nicht dem vorübergehenden Bedürfnis einer Demobilisierung, sondern für uns ist er eine dauernde soziale Notwendigkeit.

Großes Hilfspost. Der Deutsche Schaffhauserarbeiterverband übermittelte dem Zentralverband der Fleischer und verwandten Deutschlands 3300 deutscher Männer zum Zwecke der Verbringung von Kindern Berliner Mitglieder des Zentralverbandes der Fleischer an die Land und in Kurorte. Die Unterbringung der Kinder ist zurzeit im Süden, und zwar kommen sie in Hause des Städtischen Jugendpflegedamtes am der Spree, im Gebürg und auf dem Lande.

Das Morgengrauen auf dem Schlachtfeld

II.

Und das wird man sich fragen, sagte bei einer: "Beschleißlich wird Krieg geführt". Wissel, man weiß es nicht, aber für wen es gehört nicht, das kann man sagen. Schließlich wird man aufgefordert erhalten, dass zwischen den Feindesgruppen bis jährligen Zeiten eine Friedenszeit eingesetzt. Führer schreibt, die man es den Feinden abnehmen kann; das heißt geringe Waffen heranziehen zur Schlachttag zu führen, damit eine goldbecherte Ruhig über Feindeslande ins Reich der Schrecken ziehen kann und damit die anderen, ebenfalls goldgeschmückten Rente, die zur "Von Schrecken geführten, mehr Geschäfte machen können" — und persönlichen Ruhigkeiten und im Interesse eingeschränkt seien.

Und der laufende Tonfall der Schreiber geht in jede Sphäre über, in der der einzige Sinn auf dem Scheiter der Vergangenheit herumtreibt und in die nächsten Schritte der Gegenwart hinausreicht.

Da sind sie... Als habe am Himmel die Söhne der Männer des Gewitters, das die Welt in Unser Burg; sie kommen, die kleinen Kämpfer, im schwarzen Schal — Schlägerkinder und Fliegengeselle, Krieger und Fliegengeselle, Söhne und Söhne... Man sieht sie deutlich, sie rütteln sich vorwärts und schreien in prahlender Kraft, und klagen wacker Männer. Und die fröhlichen Seiter spielen mit ihren almanischen Söhnen die Wölfe, die am Grusel stehen wie auf der Theaterbühne.

Um Lohn, Arbeitszeit und Recht

Im Reichstag stand jetzt das "Arbeitsministerium" unter Verbandsvorsitzender Dr. H. D. in einem für die vereinigte Sozialdemokratie in wichtiger Weise über die breitesten Belange der Wirtschaft, die ja um die Kapitel Arbeitslohn, Arbeitszeit und Arbeitsrecht schließen. Aus der reichen Fülle von Tatsachenmaterial, mit dem die Rede durchzogen war, soll einiges folgen. Kollege Dr. H. kann führen aus:

In dem Kapitel Arbeitsvertrag, Lohn- und Einigungsvesen haben die gesamten Arbeitnehmer Deutschlands wie alle, die im gewerblichen Leben stehen, ein besonderes Interesse. Nachdem die Marktant und die Lebenshaltung immer schwieriger wurde, müssen wir prüfen, ob die jetzigen Echelsprüche brachten, was den Arbeitern gegeben werden müsste. Das Reichsarbeitsministerium ist seinen Aufgaben nicht gerecht geworden. Im letzten Jahre hat der Alterslohn der Arbeitnehmer eine weitere erhebliche Erhöhung erfahren. Ich brauche mich hier nur zu stützen auf die amtlichen Tabellen, die vom Reichsstädtischen Amt herausgegeben werden. Die angegebenen Ziffern bleiben aber hinter der Realität noch weit zurück. Für die Arbeitnehmer ist das Kapitel Erhöhung das bedeutamste. Der Deutsche Holzarbeiter-Verein hat festgestellt, daß der Lohn der deutschen Holzarbeiter, gemessen an der Vorfriedzeit, im Laufe der letzten Monate unter 50 v. H. gesunken ist. Ebenso steht es mit dem Lohn anderer Facharbeiter.

Wichtig ist, festzustellen, wieviel Arbeitsstunden der Arbeiter vor dem Kriege brachte, um notwendige Lebensmittel, Kleidung usw. aufzuholen und wieviel heute. An der Hand der Januarlöhne und Januarpreise ergibt sich folgendes:

Ware	vor dem Kriege	heute	Ware	vor dem Kriege	heute
Margarine	0,9	8,4	Schweinefleisch	6,8	4,2
Butter	1,8	6,2	Eier Milch	0,1	0,8
Käsefleisch	0,04	0,8	Bunter Brötli	1,1	7,0
Erdbeeren	0,3	1,0	Herranzug (Kof.)	52,9	227,7
Mogenmehl	0,2	0,8	Paar Herrenschuhe	14,1	41,0
Windfleisch	0,9	3,4	Paar Schuhsohlen	3,5	14,8

Die Zahlen verhalten sich wie 1:4 bis 1:7. Es sind Bedürfnisse herausgegriffen, die der Arbeiter unter seinen Umständen entbehren kann.

Keinem von uns ist es unbekannt, welche Einflüsse sich bis hinauf zum Reichsarbeitsministerium bemerkbar machen. Die kleinen und großen Unternehmer lassen alle Münzen springen, um zu verhindern, daß der primäre Lohn von heute eine entsprechende Aufbereitung erfährt.

Es ist angebracht, einen Vergleich nach der anderen Seite zu ziehen. Handelt es sich um Steuern und andere Wirtschaftsmaßnahmen, dann hören wir von den gesamten bürgerlichen Parteien: Die Subsistenz der Wirtschaft muss erhalten werden. Wenn wir über die Steigerung der Verbrauchspreise debattieren, dann sagt man uns: Der Kaufmann kann nicht anders rechnen, als daß er die Preise so ansetzt, daß er in der Lage ist, denselben Warenbestand auch bei der weiteren Teuerungsfurze wieder zu besitzen. Haben Sie sich aber auch einmal die Frage vorgelegt, wenn Sie von der Erhaltung der Subsistenz der Wirtschaft sprechen, daß dazu auch die lebenslange Arbeit gehört? Davor haben wir bis heute leider wenig vernommen. Wir aber sagen: Ein Ende mit der weiteren Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer! Denken Sie nicht bei Erhaltung der Subsistenz an das Portemonnaie der bestehenden Klasse, sondern an die Erhaltung der menschlichen Arbeitsträger für die Wirtschaft! Dazu gehört aber, daß eine Bezahlung eintritt, die in der Zukunft gegenüber einer weiteren Teuerung nicht mehr zurückbleibt. Wenn eine Stabilisierung der Mark eintreten wird, dann können sich die Arbeitnehmer nicht auf den Standpunkt stellen, sich auf längere Dauer mit dem teuren Lohnniveau zufrieden zu geben. Es liegt im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft, für eine Besserung dieses teuren Lohnniveaus zu sorgen. Wir vermissen diese wirtschaftliche Errichtung und Notwendigkeit bei den Schiedssprüchen vollständig.

So kann mit Arbeitnehmerinteressen in der Zukunft nicht mehr umgesprochen werden. In allen Begriffen des Reiches haben wir im Laufe der letzten Monate eine Verschleppung von Arbeitsergebnissen zu verzichten. Seit Februar leidet die Lohnnerhöhung, leidet die Bemühungen der rechtlichen Institutionen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen. Es ist leider soviel gesonnen, daß im Monat April d. J. durch einen Schiedsspruch den Arbeitern eines Betriebes (Geigerich i. B.) zugemutet worden ist, sie sollten im April d. J. einen Lohnabzug von 10 v. H. auf sich nehmen. Am Dienstag nach Ostern würden die Leipziger Metallarbeiter einen Metallarbeiter zu: Entweder Ihr arbeitet ab Dienstag zu reduzierten Löhnen nach dem vorliegenden Schiedsspruch oder draußen seid ihr. Weil die Leipziger Metallarbeiter das ablehnen, halten wir am Dienstag nach Ostern die Latzhose zu verzögern, doch 15.000 Leipziger Metallarbeiter ausgesperrt wurden. (Entzückte Rufe links: Hört, hört!) Glauben Sie ernsthaft, daß die Geduld der Arbeiter nicht schließlich reicht?

Unter der Rechtsprechung der Schlichtungsausschüsse und Schiedssprüche verlieren wir sein einziges Mittel der Unternehmer. Wir verlangen, die Schiedssprüche so zu fällen, daß die berechtigten Forderungen der Arbeiter Verbindlichkeit finden. Wir haben niemals fordert, daß ein Schiedsspruch ein einseitiges Diktat im Interesse der Arbeitnehmer darstellt. Wenn wir aber keinen für uns einseitigen Schiedsspruch beanspruchen, dann müssen wir es ebenso bestimmt und eindeutig ablehnen, daß auf der anderen Seite ein einseitiges Diktat und einem einseitlichen Aufstreiten der Unternehmer immer wieder weitgehend Rechnung getragen wird. Wie weit sind wir in der Arbeitszeitfrage? Wir haben die 48stündige Arbeitstage. Aber die Vorhaben des Entwurfs eines neuen Arbeitszeitgesetzes zeigen sich bereit. Man geht plausibel davon über, in die Kartoffelträge einen Satz hinzubringen, der nicht mehr die 48stündige Arbeitszeit garantiert, sondern der da lautet: "Die Arbeitszeit regelt sich nach den gesetzlichen Vorschriften." Das heißt mit dünnen Worten: Sobald im Deutschen Reichstag das neue Arbeitszeitgesetz fertig ist, gilt für die Arbeiter nicht mehr die 48stündige Arbeitswoche, sondern dann kommen alle die Ausnahmevereinbarungen, die diese 48stündige Arbeitswoche oberflächlich machen. Die Tatsache, daß die Unternehmer nicht so lange Zeit geben, bis das Arbeitszeitgesetz hier verabschiedet ist, soll die benötigte Arbeiterschaft machen, auf dem Punkt zu sein, um den

Von allen vier Seiten des Horizonts wogt es heran über die siebenen Welt hinweg, die von der See ausziegen, über die Weite, die der geweinte Tod der Erde und der zerstreuten Felder überhäuft, es verbreitete die Unendlichkeit des Himmels und verdüst die Erde. Und es sind Legionen. Nicht nur die Käse des Krieger, die zum Kriege brüllen und ihn erobern, nicht nur die, denen die allgemeine Gesellschaft eine mögliche Ruhig verleiht: die erblichen Machtheber, die hier und dort aufrecht stehen über der kriegerlichen Menschheit und plausibel auf die Woge der Ereignisse drücken, weil es gilt, für sie zu einem bedeutenden Schlag auszuholen. Sie zu gefestigt sich die große Städte, die, besetzt über unscheinbare, ihrer häuslichen Privilegien dienen.

Es gibt, lädt in diesem Augenblick einer jenen finsternen und kriegerischen Gesichtern, und lädt dabei die Hand aus, als ob es wäre, es gäbe keine. Sie sagen: "Sie ist das alles schön!"

Und welche, die sagen: "Die Käse kosten einander!"

Und welche, die sagen: "Ich werde jetzt vom Krieg, und mein Sohn möchte dabei!"

Und welche, die sagen: "Es hat nun jeder Krieger gegeben, also wird es auch Krieger geben!"

— Dann gibt es welche, die sagen: "Sie lebt nicht weiter als meine Kriegerin und verbirgt den anderen, weiter zu leben!"

— Es gibt welche, die sagen: "Die Käse kommen zur Welt mit Tod und Morden, ohne am Hinteren!"

— Es gibt welche eine heitere Stimme, es gibt welche, die sagen: "Schön, die Käse ziehen und ziehen am Gott!"

Es hat nicht nur die verdeckten Käse, die Geliebte, die großen und kleinen Geschäftsmänner, die eingezogen in ihren Familien und in ihren Häusern vom Krieg leben und während des Krieges in Frieden davon leben, mit ihrer verdeckten Dolche, die ihre

Achtkundentag mit allen Kampfmitteln, die ihr zu Gebote stehen, verteidigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Ver. Soz.)

Zur Steigerung der Produktion im Zusammenhang mit dem Achtkundentag. In der Praxis kommt das Geschrei auf nicht anderes heraus, als daß den Arbeitern zugemutet wird, länger zu arbeiten, mehr zu schaffen und zu schanzen. (Sehr richtig! bei den Ver. Soz.)

Sie erklären an dieser Stelle: Wir stellen unter Gewalt, daß die Arbeiter Deutschland in den acht Stunden heute mehr leisten als vor dem Kriege bei längerer Arbeitszeit. (Lebhafte Zustimmung bei den Ver. Soz.) Beim Arbeitszeitgesetz werden wir die Beweise unterbreiten, die jeder Nachprüfung standhalten. Wir sind für Steigerung der Produktion, doch nicht auf Kosten der Arbeitszeit. Die Betriebsräte haben im Laufe der letzten Jahre Vorschläge zur Steigerung der Produktion gemacht. In einer Reihe von Fällen sind diese Vorschläge nicht beachtet geblieben, aber einen wesentlichen Teil der Vorschläge hat man mit einer Handbewegung abgetan. Die Zeit wird vorübergehen, wo die deutsche Industrie auf Grund einer dauernden Marktversetzung in der Lage war, ihre Ware leicht auf dem Weltmarkt abzugeben. Dann werden die schweren Radenschläge folgen. (Lebhafte Zustimmung, Verbesserung der Technik, jeder an seinen Platz gesetzt, wo er wirklich produktiv arbeitet, das sind die Mittel, um die Produktion zu erhöhen. Wollen Sie die Produktion erhöhen, dann sorgen Sie mit uns dafür, daß der Außen- und Innenhandel möglichkeitlich möglich wird und die darin heute beschäftigten Arbeitnehmer möglichst nützlicher Arbeit zugeführt werden.)

Wenn ich so zusammenfasse, dann komme ich zu der Schlussfolgerung, Ihnen hier nochmals deutlich zu sagen: Sehen Sie nicht voraus, daß die Geduld der Arbeitnehmer kein Ende nehme. Mit jedem Tage der zunehmenden Not geht die Erhöhung und Verbesserung. Wir sagen Ihnen mit Rücksicht auf die Dinge, die sich im Laufe der letzten Wochen entwickelt haben: Die Arbeiter, die eine zunehmende Not am eigenen Leibe verspüren, sehen auf der andern Seite nach, während des Kampfes, ob an der Stunde lobt, daß die bestehenden Kreise nicht die Rücksicht nehmen, die man den Arbeitnehmern wieder zumutet. Die Arbeiter sehen, daß sie mit 90 v. H. der Einommensteuer und der individuellen Steuern belastet werden. (Sehr wahr bei den Ver. Soz.) Die Arbeitnehmer fühlen und wissen, daß die Schwere des Kampfes an der Stunde auf ihren Schultern ruht.

Die Situation steht klar vor uns. Die Mark sinkt erneut, die Teuerung rast. Die Arbeitnehmer haben ein Recht zu leben. Es ist nicht möglich, diese Entwicklungslinie in Zukunft fortzusetzen. Wollen Sie es dennoch, dann seien Sie sich der Tatsachen bewußt. Sie tanzen auf einem Vulkan und es könnte sehr bald der Tag kommen, wo mit elementarer Wucht die Erhöhung, die sich im Laufe der gesamten Arbeitnehmer angehäuft hat, zum Ausbruch läuft und sehr unangenehme Folgen für Sie zeitigen würde.

Wir verlangen, daß die deutsche Arbeiterklasse — und darunter verstehten wir Arbeiter, Angestellte und Beamte — endlich die Rücksicht hier findet, die bis dato an dieser Stelle nur die bestehende Klasse gefunden hat, und wenn Sie ihnen diese Rücksicht verweigern, dann werden die Arbeiter sich durch ihre eigene Kraft diese Rücksicht nicht erzwingen, sondern im Kampfe ihr Recht zu finden wissen. (Lebhafte Zustimmung bei den Ver. Soz.)

Wirtschaftslage

Im Anschluß an den jüngsten Marksturz ist noch den Berichten der Bundesarbeitsräte für die letzte Aprilwoche und die erste Maiwoche eine leichte Verbesserung des Auslastungsgrads in verschiedenen Gewerben, wie zum Beispiel der Rollindustrie, dem Textilgewerbe, der Konfektion, der Schuhindustrie und einzelnen Zweigen der Metallindustrie eingetreten. Man darf sich allerdings nicht darüber täuschen, daß die Verbesserung für einzelne Berufe erlaubt ist mit einer vorherigen Verhöhnung des Sonnens des gesamten deutschen Volkes. Denn die zweite und vielleicht viel rohdere Wirkung des Marksturzes waren Steigerungen der Preise an den Waren- und Lebensmittelmarkten. Die Preissteigerungen sind noch in vollem Gang. Schließlich werden also die breiten Volkschichten durch die Vorgänge am Dienstmarkte doch schwer geschädigt. Die unheilvolle Beschleunigung von Preisa- und Lohnsteigerungen hat wieder begonnen. Es ist ein verhängnisvoller Zirkel, zu glauben, daß die Lohnbewegung mit der Teuerung völlig Schritt halten könnte. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist das Ergebnis dieses Wettkampfes immer eine wesentliche Verschlechterung der Lebenshaltung der Lohnempfänger gewesen. Dies muß besonders dann der Fall sein, wenn ein großer Teil der Betriebe seine Arbeitnehmer nur unter starken Einschränkungen der Arbeitszeit beschäftigt. Die verschleierte Wut an den Warenmarkten ausgebüttet wird, führt immer wieder dazu, daß die Preisstufe stark in die Höhe getrieben wird, sobald durch Lohnsteigerungen hierfür erforderlicher Vorwand gegeben ist. Auf die Dauer muss diese schädliche Wechselwirkung den völligen Niedergang der Warenproduktion auslösen, die heute von Syndikaten, Kartellen und Trusts am Warenmarkt ausgeübt wird, führt immer wieder dazu, daß die Preisstufe stark in die Höhe getrieben wird, sobald durch Lohnsteigerungen hierfür erforderlicher Vorwand gegeben ist. Auf die Dauer muss diese schädliche Wechselwirkung den völligen Niedergang der Warenproduktion auslösen, die heute von Syndikaten, Kartellen und Trust

Kapitalausfuhr und Kapitalflucht

Der letzte Marktturm hat das gesamte Problem der Devisenverschaffung wieder aufgerollt. Es soll jetzt nicht aneinandergeleget werden, daß aller Voraussicht nach die Mark wieder abschließlich entwertet worden ist, sondern wir wollen einmal annehmen, daß nur durch den natürlichen Bedarf der Industrie eine so starke Nachfrage an ausländischen Devisionen tatsächlich erforderlich sei und daß ein neuer Sturz der Mark wiewohl unvermeidlich gewesen wäre. Es soll also unterstellt werden, daß der ehrliche, gewöhnliche Bedarf der Industrie die Mark gestützt hat. Was geschieht aber, um diesen normalen Bedarf zu kontrollieren?

Es wird von keinem wirtschaftlich denkenden Menschen verkannt werden, daß die innerdeutsche Wirtschaft in starkem Maße auf fremde Rohstoffe und seit der Kriegsbezeugung sogar in erhöhtem Maße auf fremde Fertigfabrikate angewiesen ist, weil die Rohrproduktion zum großen Teil für den innerdeutschen Bedarf nicht in Betracht kommt. Deutschland braucht englische Kohle, ausländische Erze, Tegritien, Bleier, Zule, jetzt sogar Eisen. Zur Beschaffung dieser Rohstoffe und Fertigfabrikate sind ausländische Geldsorten notwendig. Sie können entweder beschafft werden durch die Ausfuhr, die aber nicht beliebig steigerungsfähig ist und deshalb eine erhöhte Ausfuhrkontrolle notwendig ist. Damit das Reich die Devisionen bekommt, die es selbst für Einfuhr braucht, ist die Kontrolle insowein auszubauen, ob die den Industriellen belassenen Devisionen zweckmäßig verwendet werden. Hier liegt es noch sehr im organ. Denn viele Erzeuger und Händler legen die aus der Ausfuhr erhaltenen Devisionen auf Vorrat und verkaufen von neuem Markt, um die zur Wiederausfuhr notwendigen ausländischen Zahlungsmittel zu ersparen.

Schon der gewöhnliche Bedarf ist also in bezug auf die Devisionfrage fragwürdig. Bei einer so gespannten Lage wie der gegebenenzeit ist die Einfuhr vieler Waren unmöglich, weil sie seit der Kriegsbezeugung in erhöhtem Maße in wirtschaftlichen Ausnahmefällen leben. Es geschieht also zu wenig zur Regelung des wirtschaftlichen Bedarfs der Industrie und in dieser Richtung muss schlagendste Hilfe geschafft werden.

Aber noch eine andere Sache ist in letzter Zeit wichtig geworden. Große Mengen ausländischer Geldes werden von deutschen Industriellen für Kapitalfestlegungen im Ausland benötigt. Dieser Kapitalbedarf ist wirtschaftlich nicht einheitlich zu beurteilen. Wenn deutsche Industrielle ihre inländische Produktionshöhe nur beibehalten können, wenn sie ihren Auslandsabsatz verbreitern, sind unter Umständen ausländische Handelsgründungen notwendig. Wenn die Leistungsfähigkeit der deutschen Eisenindustrie beispielweise erhöht werden kann durch Aufbau ausländischer Erzgruben, so bedeutet die Unabhängigkeit vom ausländischen Erzmarkt und vom Erzexport zu Tagespreisen einen gerechtfertigten wirtschaftlichen Vorteil. Wenn mit ausländischen Firmen Interessengemeinschaften abgeschlossen werden, damit Deutschland in starkem Maße Halbfabrikate zur ausländischen Weiterverarbeitung liefert, so liegt auch hierin ein wirtschaftlicher Sinn. Aber — so ist zu fragen, werden dann die einzelnen Auslandsanlagen geprüft? Es ist evident, daß Georg Bernhard diese Frage in West 9 vom 1. Mai 1923 seinen Blatt auskunftet.

Welche Sicherheit haben wir denn eigentlich bei der heutigen Wirtschaft, daß ein Kaufmann, der selbst für sich billigerwerte Zahlungen aus Ausland Devisionen kaufen will, darüber bestagt wird, wie es dann mit seinem sonstigen Auslandsgeboten steht? Welche Sicherheit haben wir zum Beispiel, daß das, was im Ausland wirtschaftlich an Devisionen verdient wird, wenn schon nicht ins Ausland gebracht, so wenngleich doch mit dem Bedarf für andere Transaktionen im Ausland kompensiert wird? Werden zum Beispiel die Schiffsahrtunternehmungen nach dieser Richtung kontrolliert? Natürlich diejenigen Unternehmungen, die, wie zum Beispiel die Stinneschen, mit großen Industrie- und Handelskonzernen vergnügt sind? Besteht da nicht die Möglichkeit, daß verdiente Auslanddevisionen wieder in weitreichenden Auslandstransaktionen angelegt werden, während die Häuse für den Warenimport anderer Unternehmungen desselben Konzerns im Inland aufgelaufen werden?

Diese Kernafragen treiben zu einer schärfseren Kontrolle der Ausfuhr und der Auslandsgeboten. Wir wissen, daß bisher keine Schwierigkeiten bereitet wurden, um sich an Auslandsgeboten zu beteiligen. Lage nicht der Gedanke nahe, hier eine Kontrolle vorzunehmen? Der Hinweis auf die Stinneschen Schiffsahrtunternehmungen, die länglich unter einem gemeinsamen Dach, Hugo Stinnes-Linien gebaut wurden, geschieht wohl mit Absicht auf die Aktiengesellschaft Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel. Wir erwähnen diesen Fall nicht als den einzigen, sondern als einen besonders handgreiflichen. Die handelsgerichtliche Eintragung dieser Gesellschaft lautet folgendermaßen:

Gesellschaft jeder Art, einschließlich der Herstellung aller bauenden Betriebsmittel im In- und Ausland, Handel mit allen Erzeugnissen des Bergbaues, der Hüttenindustrie, der chemischen und elektrischen Industrie, der Landwirtschaft, sowie der Handel mit Waren, Fertig- und Halbfabrikaten und Rohprodukten aller Art, insbesondere mit Lebens- und Futtermittel, mineralischen, tierischen und pflanzlichen Ölen, Baumwolle und sonstigen Textilrohstoffen, Häuten, Zule, Holz, Zellulose, Papier und allen Erzeugnissen der

weiterverarbeitenden Industrie, ferner Umschlag und die Lagerung solcher Erzeugnisse, insbesondere soweit sie aus dem Ausland kommen oder ins Ausland gehen. Die Gesellschaft ist auch berechtigt, die Herstellung, Gewinnung und Verarbeitung von Waren, Fertigfabrikaten, Halbfabrikaten und Rohprodukten aller Art in eigenen Betrieben vornimmen.

Wie man sieht, handelt es sich hier um ein Devisensammeldecken: für fremde Unternehmungen wird Fracht übernommen, die man sich in Devisionen bezahlen läßt. Gleichzeitig werden die Waren sämtlicher Stinnescher Unternehmungen nach dem Ausland befördert, wofür Devisionen erwartet werden. Aus dem Ausland werden für fremde Unternehmungen Rohstoffe hergeholt, wofür man Devisionen einnimmt. Weiter werden Rohstoffe für eigene Unternehmungen beigebracht, wofür man Devisionen erbringt. Diese Vielseitigkeit ist bewundernswert. Deshalb ist die Frage berechtigt, ob die hier verdienten Devisionen in erster Linie Verwendung finden zur Bezahlung der Einfuhr oder ob das verdiente ausländische Geld in unübersichtlichen Transaktionen ins Ausland fließt, für die wirtschaftlich keine Notwendigkeit besteht. Und weiterhin besteht die Möglichkeit, daß im Inland ein unnötiger Devisionbedarf angemeldet wird, unnotig, weil er leicht gedeckt werden kann aus dem Frachtwertdienst.

Aus unserer planmäßigen Zusammensetzung der Auslandsunternehmungen der deutschen Konzerne ergibt sich, daß es sich bei dem AEG-Konzern hauptsächlich um Unternehmungen handelt, die schon vor dem Kriege bestanden. Dabei muß man unterscheiden zwischen den ausländischen Unternehmungen und Beteiligungen, die unmittelbar der engen Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft angehören, und den ausländischen Unternehmungen und Beteiligungen der Unternehmensgruppen dieses großen Konzerns. Es handelt sich um ungefähr 80 Unternehmen.

Bei den ausländischen Unternehmungen und Beteiligungen des Stinnes-Konzerns muß man unterscheiden zwischen den ausländischen Beteiligungen und Handelsorganisationen der jüngsten Siemens-Rhein-Elsbe-Schuckert-Union und den ausländischen Unternehmungen des Stinneschen Privatkonzerns, der Hugo Stinnes G. m. b. H. Die Auslandsunternehmungen der Siemens-Rhein-Elsbe-Schuckert-Union bestanden zum großen Teil schon vor dem Kriege, es sind ihr aber in der letzten Zeit neue Unternehmungen angegeschlossen worden, die nichts mit dem eigentlichen Zweck dieser Auslandsunternehmungen zu tun haben, nämlich dem Betrieb der eigenen Erzeugnisse. Es sei auf die Erwerbung von Naphthaquellen, Bleigruben, Erzkonzessionen, Baumwollpflanzungen usw. aufmerksam gemacht. Eine völlige Darstellung dieser ausländischen Unternehmungen und Beteiligungen ist nicht möglich, weil es noch schwieriger ist, die ausländischen Erwerbungen festzustellen, als die inländischen. Wobei besonders darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß die Bezeichnung über Stinnesche Neugründungen und Ausläufe um so schwieriger wird, je mehr Hugo Stinnes die Presse beherrscht.

Die Unternehmungen und Beteiligungen von Hugo Stinnes sind aussichtsreich in der Nachkriegszeit erworben worden. Es handelt sich hier um ungefähr hundert Auslandsunternehmungen, wobei die ausländischen Geschäftsstellen und Vertretungen der Siemens-Rhein-Elsbe-Schuckert-Union nicht hinzugezählt sind, obwohl diesen großen Produktionsstätten unmittelbar unterstehen.

Andere Konzerne der Metallindustrie haben im Ausland Unternehmungen:

Alusila-Konzern 5 (darunter Blei- und Kupferkonzessionen in Afrika), Daniel-Konzern 5, Drag Konzern 4, Klöckner Konzern 2, Krupp-Konzern 11, Mannesmann Konzern 6, Metallbank-Konzern 12, Otto Wolff-Konzern (mit Rhön, Rheinland usw.) 17, Telle-Konzern 2, Thyssen-Konzern 2, Brown-Boveri 15, Sihlcon-Konzern 15.

Die deutsche Arbeiterschaft hat ein großes Interesse an der Stützung der Mark. Sie fordert von der Regierung, daß alle Maßnahmen ergreifen werden, um die wirtschaftlich nicht unbedingt notwendigen Devisionen zu erfassen. Weil durch die Kapitalbeschaffung der Devisionenbedarf der deutschen Industrie infolge des Zusammenbruches der deutschen Wirtschaftsdecke und die Abschaltung von den Erzeugungswerkstätten des Inlandes steigt, muß eine größere Devisionenlage ausgebracht werden, um bei möglichst großer Beschäftigung die deutsche Industrie wirtschaftlich vor allzu großen Erschütterungen zu bewahren. Die letzten, noch nicht völlig geläufigen Vorgänge auf dem Devisionenmarkt haben in der deutschen Bevölkerung die Ansicht verstärkt, daß vor allem von der Industrie selbst nicht das nötige getan wird, den Einbruch in die Mark zu verhüten. Deshalb ist noch allen Richtungen hin das wirtschaftliche Gesichtsfeld zu klären. Als ein wichtiges wirtschaftliche Ereignis erkennen wir die Festlegung deutscher Kapitals im Ausland. Die Form der direkten Kapitalflucht wird hier nicht in Betracht gezogen, weil es dafür Gesetze gibt, über deren Wirksamkeit ein Urteil hier nicht gefällt werden soll. Aber das genügt nicht. Deshalb müssen die Regierungsstellen auch auf die Vorgänge achten, die zwar nicht Kapitalflucht, aber doch Kapitalausfuhr darstellen. Der wirtschaftliche Vorwand für diese Ausfuhr ist gründlich zu prüfen.

Dr. E.

gemein. Jawohl, rohe und unermüdliche Schlächter sind wir gewesen, weiter nichts. Aber es soll mir keiner kommen und von Soldaten-tugenden sprechen, weil ich Deutsche gerdet habe.

Wir auch nicht, rief eine andere Stimme so laut, daß ihr niemand hätte antworten können, selbst wenn es einer gewagt hätte, auch mir nicht, weil ich Franzosen das Leben gerettet habe! Denn sonst liegt uns die Feuerkugeln verherrlichen, weil sie uns Gelegenheit gibt, uns als edle Helden zu zeigen!

— Es wäre ein Verbrechen, die schönen Seiten des Krieges zu zeigen, murmelte einer jener dünnen Soldaten, selbst wenn es weise gäbe!

— Und man wird dies doch sagen, fuhr der erste fort, als Ruhmeslohn und auch als Lohn für das, was man nicht getan hat. Aber der Kriegerkrieg selbst ist nicht für uns ein solches Soldaten. Der gehört einigen wenigen; sonst aber, abgesehen von diesen Ausgewählten, ist der Solldaten zum eine Lüge wie alles, was im Krieg noch Schönheit riecht. In Wirklichkeit ist das Opfer des Soldaten ein dunkles Verschwinden. Die, die in Haufen die Angriffsstellen bilden, tragen keinen Lohn davon. Wie wird man ihre Namen, ihre kleinen, winzigen Namen zusammenbringen können.

Meine überlebenden Gefährten sind endlich aufgestanden; sie verstecken allmählich die gezeugte Einfachheit der Dinge. Und die Wahrheit zeigt in ihnen ein Hoffnungsvolles Morgenrot und richtet Kraft und Mut wieder frisch auf.

— Jetzt haben wir genug über die andern gesprochen, beschließt einer von ihnen. Losset wie die andern seht!... Wir! Wir alle!...

Die Verständigung der Demokratien, die Verständigung der Massen, das Aussiehen des Weltvolkes, der Glaube an seine brutale Einfachheit. Alles andere, alles anderes in der Gegenwart und der Zukunft ist vollständig gleichgültig. (Barbusse: Das Feuer.)

Um die Gemeinwirtschaft im Bauwesen

Visionäre der Gemeinwirtschaft im Bauwesen sind die sozialen Baubetriebe, die unter Verzicht auf privaten Verdienst die Bauaufsicht befreiten. Wegen dieser Tätigkeit werden sie natürlich von den Unternehmern auf das leicht angefeindet. Ein Bild aus den Kämpfen der sozialen Baubetriebe gibt der Geschäftsbereich der Bauhütte Glashaus für das Jahr 1922. Sie mußte sich unter den größten Schwierigkeiten ihr Tätigkeitsfeld erschließen, da größte Erfolge in ihrem Wirkungsbereich nicht erreicht wurden und man in infolgedessen kleinere Bauarbeiten in größerer Zahl beschaffen mußte, die dann auch in der Tat in der Hauptziele von öffentlichen und gesetzlichen Körpern in einer Höhe von 28 Millionen Mark an sie vergeben wurden. Während nun am Anfang des Jahres die Bauhütte durch private Unternehmer kaum unterboten wurde, jetzt so heißt es im Geschäftsbereich, in der Mitte des Jahres eine soziale Unterbetrieb ein, und zwar jedesmal durch andere Konkurrenzfirmen. Dies läßt um so mehr auf die Bildung eines Kriegs zur Bekämpfung unserer Bauhütte schließen, als bei den Arbeiten, wo den Unternehmern die Wettbewerbsfähigkeit unserer Bauhütte nicht bekannt war, von der Bauhütte eine Verbilligung bis zu 55 v. H. erreicht wurde. Zum Teil wurden allerdings den Privatunternehmern die Unterbauten dadurch erleichtert, daß sie eigene Biegelenke benutzten und die Regel bei der Aufstellung zum Selbstlospreis in Rechnung stellten, während die Bauhütte 80 bis 80 v. H. den Biegelpreis für die Anlieferung zahlen mußte. Zum Durchschnitt hat trotzdem die Bauhütte eine Verbilligung der ihr übertragenen Bauarbeiten um mindestens 22 v. H. erreicht. Zu mehreren Tagen wurden von sämtlichen Unternehmen in Mecklenburg einheitliche Gebote abgegeben. Dabei kamen in einem Halle die Bauunternehmen zweimal zur Ausschreibung. Bei der ersten Ausschreibung, wo eine Sandlieferung nicht in Frage kam, war die Bauhütte durchweg am billigsten. Sie forderte für Los 1 183 957 M., die Unternehmer 364 862 M., für Los 2 die Bauhütte 339 184 M., die Unternehmer 434 518 M. Bei der zweiten Ausschreibung hatte die Bauhütte teilweise höhere Preise als die Privatunternehmer, obwohl sie mit genau denselben Einheitsbuden und denselben Lieferungssperren rechnete, wie bei der ersten Ausschreibung. Hier zeigte sich ganz klar, daß die Unternehmer bei der zweiten Ausschreibung ihre Waffe bedeutend verstärkt hatten, um wenigstens annähernd der Bauhütte gleichzustehen. Zugleich dieser Schwierigkeiten gelang es der vorbildlichen Gemeinwirtschaft in der Bauhütte, sich gegen die private Konkurrenz durchzusetzen.

Normung und Ausfuhr

Ein nach Amerika zurückgekehrter Ingenieur, der in Deutschland an den Sitzungen über die internationale Normung von Augsburg teilgenommen hat, berichtet, wie wir der Zeitschrift für Bau-, Maschinen- und Werkzeugmaschinen entnehmen, darüber an das American Engineering Standards Committee. Es heißt in dem Bericht: Eine Hauptgruppe, der die weltbekannte deutsche Industrie so tatsächlich an der Normung arbeiten läßt, ist die Möglichkeit, deutsche Normen in den großen Einflußländern und womöglich in der ganzen Welt einzuführen zu können. Holland, die Schweiz, Österreich, Spanien und viele andere europäische Länder folgen darin bereits jetzt der deutschen Führung. Erst vor wenigen Jahren ist der Normenausschuß der deutschen Industrie, der unserm American Engineering Standards Committee entspricht, gegründet worden. Die Arbeit, die er in dieser Zeit bewältigt hat, ist erstaunlich. Der Normenausschuß hat schon Hunderte bereits angenommene Normblätter herausgegeben und etwa die doppelte Anzahl als Vorschlag veröffentlicht. Dieser Erfolg wurde in der Überzeugung von dem wirtschaftlichen Wert der Normung als stärkster Waffe in Deutschlands Kampf für wirtschaftliche Überherstellung und finanziellen Wiederaufbau. Als Beispiel erwähne ich, daß zurzeit meines Besuches ein Symbol von 10 deutschen Firmen und einer schwedischen Firma einen Auftrag von 70 Automobilen für Südkorea ausführte, die alle von gleicher Bauart waren, so daß jeder Teil einer Lokomotive mit den entsprechenden Teilen einer anderen Lokomotive austauschbar war, da alle Teile nach denselben Normen und Toleranzen ausgeführt wurden. Wegen dieser augenscheinlichen Vorteile werden weitere russische Lokomotiven dieser Klasse zweitweise nach denselben Zeichnungen bestellt werden. Bis jetzt ist die Zeit nicht mehr fern, wo amerikanische Firmen von Wettbewerbern die Erfahrungen erhalten, ob sie den deutschen Normen entsprechende Waren liefern könnten. Es ist ratsam, sich mit diesen Möglichkeiten beizutragen zu machen. England scheint zum Beispiel schon die große Bedeutung der Anwendung seiner eigenen Normen erkannt zu haben und ist im Begriff, deren Annahme in seinen überseeischen Besitzungen und Einflussländern durchzuführen. Dank seiner leistungsfähigen Organisation ist es dem Normenausschuß der deutschen Industrie gelungen, einen größeren Einfluss im industriellen Leben des Landes ausüben, als ursprünglich zu erwarten stand, so daß sich Industrielle an den Normenausschuß in den schwierigsten und verwickeltesten Fragen wenden. Möge das Beispiel der deutschen Ingenieure und Industriellen die Vereinigten Staaten zu größeren Arbeits- und Leistungsleistungen für das Werk der Normung anspornen und mögen unsere führenden Ingenieure die große wirtschaftliche Bedeutung sowohl der nationalen wie auch der internationalen Normung erkennen.

Dämmerung

So ganz willenlos scheinen die Anhänger der SPD in manchen Gewerkschaften doch nicht mehr den von einzelnen "Großen" vorbereiteten "Parolen" zu folgen. Der "neueste Schlag" war tatsächlich die Essener Resolution der Metallarbeiter. In ihr wurde verlangt, Schaffung von proletarischen Hundertschaften gegen den Fasismus, Rücktritt der Regierung, Kunde und Schaffung einer Arbeiterrégierung, Teilnahme an den von der Frankfurter Konferenz gebildeten Allianzkomitees zum Kampf gegen Kriegsbesetzung, Bildung von Kontrollausschüssen, Rücktritt aus der arbeitsgemeinschaftlichen Gewerkschaftsleitung. Die "Rote Fahne" empfahl diese Entwicklung zur Nachahmung und pauschal schwenkte die örtlichen Führer ein.

In Halle wurde in einer Funktionärsitzung des Metallarbeiterverbands diese Entschließung ebenfalls eingeholt und mit sage und schreibe 30 gegen 15 Stimmen bei 200 Entnahmen angenommen. Diese Tatsache wird natürlich von den Kommunisten zum Anlaß genommen werden, auszusprechen, daß auch in Halle sich die Funktionäre der Essener Resolution entschieden haben. Der kommunistische Einstieg ist dort selbst ein besonders harter. Um so verwunderlicher ist es aber, daß ein sehr großer Teil der Anhänger der SPD sich der Abstimmung enthielt. Das Unvermögen der SPD, eine wirkliche proletarische Politik zu treiben, ist schade an dem sich täglich verringernden Einfluß der deutschen Arbeiterschaft. Der Dämmerzustand, in dem ein großer Teil der Arbeiterschaft sich befindet, muß durch eine zielbewußte und zielfeste Ausklärung in den eigenen Reihen beseitigt werden.

Unterhausisches. Dem Blatte der vereinigten Bergleute von Amerika (U. M. W. J.) vom 15. April entnehmen wir die folgende Neuigkeit: "Die Bergleute der großen Grube der Valier Coal Co. in Waller (Md.) haben einen länglichen Gebäuden in ihrer Arbeit eingeführt und die Idee findet Aufgang. Daden Morgan, bevor die Leute für ihre verschlechterten Beschäftigungen auseinandergehen, wird ein kurzer Gebetdienst im Grunde des Gebäudes abgehalten, wo sie zu diesem Zwecke zusammenkommen. Der Gebetdienst wird mit all der Feierlichkeit eines Kirchenfestes geführt. Gottes für die Ehrlichkeit der Bergleute werden von deren Führern verheißen.

Die Verständigung der Demokratien, die Verständigung der Massen, das Aussiehen des Weltvolkes, der Glaube an seine brutale Einfachheit. Alles andere, alles anderes in der Gegenwart und der Zukunft ist vollständig gleichgültig. (Barbusse: Das Feuer.)

